

Antrag Nr.

**Gemeinsamer Antrag der
Bündnis 90 / Die Grünen
DIE LINKE.
im Rat der Stadt Essen**

Herrn Oberbürgermeister
Reinhard Paß

Bündnis 90 / Die Grünen, Ratsfraktion Essen
Limbecker Straße 48/50
45127 Essen

DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen
Severinstraße 1
45127 Essen
27. Oktober 2010

Beratungsfolge

Sitzungstermin Zuständigkeiten

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeiten
Rat der Stadt	27.10.2010	Entscheidung

TOP 15 - Laufzeitverlängerungen der Atomkraftwerke und Folgen:

Sehr geehrter Herr Paß,
die Ratsfraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und DIE LINKE. beantragen

Der Rat der Stadt Essen beschließt folgende Resolution:

Energiewende statt AKW-Laufzeitverlängerung

Der Rat der Stadt Essen spricht sich gegen die geplante AKW-Laufzeitverlängerung aus und tritt für eine Energiewende ein, das heißt eine Energiepolitik, die auf den drei Säulen Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien beruht.

Durch die von der schwarz-gelben Bundesregierung beabsichtigte AKW-Laufzeitverlängerung würden die Marktdominanz der vier AKW-Betreiber und die überkommene zentralistische Struktur der Energiewirtschaft zementiert. Hauptbetroffene wären kommunale Energieunternehmen, die in Erneuerbare Energien investiert haben bzw. dies beabsichtigen, deren Marktchancen hierdurch massiv eingeschränkt würden.

Finanziell würden eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten und die damit verbundene Einführung einer Brennelementesteuer für etliche Kommunen teils erhebliche Steuermindereinnahmen zur Folge haben. Für die Stadt Essen für das kommende Jahr voraussichtlich rund 24,5 Mio. Euro.

Politisch ist nach Auffassung des Rates der Stadt Essen eine zusätzliche Laufzeitverlängerung nicht verantwortbar. Zum Einen steigen die Gefährdungspotentiale mit zunehmendem Alter der Meiler an. Zum Anderen wachsen die Atommüllmengen, bei nach wie vor ungeklärter Endlagerfrage.

Der Rat fordert deshalb Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat auf, den vertraglich vereinbarten Konsens zum Ausstieg aus der Atomenergie beizubehalten und auf eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten zu verzichten. Stattdessen sind alle Möglichkeiten zum umfassenden Ausbau der regenerativen Energien, zur Energieeinsparung und zur Steigerung der Energieeffizienz zu nutzen. Statt zentralistische Strukturen zu stärken, gilt es, die Energieerzeugung und -vermarktung in kommunaler Hand zu sichern und zu steigern.

Begründung

Nicht erst seit Tschernobyl ist klar, dass gravierende Störfälle in Atomkraftwerken nicht nur regional, sondern global verheerende und unabsehbare Auswirkungen haben. Die Endlagerung für verbrauchte Brennelemente und atomaren Müll ist nirgendwo gelöst. Die Zwischenlagerung und die entsprechenden Transporte sind mit hohen Risiken verbunden. Die katastrophalen Verhältnisse in der Grube Asse und die absehbar milliarden schweren Kosten für den Versuch, die Risiken und Schäden zu begrenzen, sind eine ernste Warnung. Die derzeit betriebenen AKW sind in ihrer Mehrzahl überdies technisch veraltet (z. B. analoge Steuerung, Materialermüdung usw.).

Der Weiterbetrieb setzt die Bevölkerung einem steigenden Katastrophenrisiko aus, bürdet vielen Generationen nach uns noch mehr strahlenden Atommüll auf, ermutigt Akteure (in anderen Ländern) zum Ausbau dieser Risikotechnologie, behindert den Ausbau von Erneuerbaren Energien und benachteiligt auf einschneidende Weise die kommunalen energiewirtschaftlichen Akteure.

Essen hat sich ambitionierte Klimaschutzkonzepte gegeben. Die Stadtwerke stehen in einem Umstrukturierungsprozess Richtung Nachhaltigkeit. Diese kommunalen Ziele werden durch die vorgesehene Laufzeitverlängerung für AKW konterkariert.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Peter Leymann-Kurtz

Hiltrud Schmutzler-Jäger

